

## HH-Rede: Was uns wichtig ist

Dank der Entscheidung der Landesregierung, die verstanden hat, was für die baden-württembergischen Gemeinden auf dem Spiel steht, wurden 2/3 des Sondervermögens des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität direkt an die Kommunen weitergeben. Pfinztal verfügt über 11 Mio. € aus diesem Sondervermögen.

Bedingung = Die Investitionen dürfen nicht in Projekte fließen, die vor dem 01.01.2026 begonnen wurden – eine weise Entscheidung, denn Pfinztal hat sich enorme Schulden durch den Beschluss des Gemeinderats für die Bahnunterführung Bahnhof Söllingen aufgebürdet. Neben der allgemeinen kommunalen Finanznot im Land ist dieser **der** Hauptkostentreiber des Haushalts 26/27. Das darf nicht geleugnet werden. Das ist Fakt. Wir treten nicht nach, wir stellen fest: Für die Haushalte 2026 und 2027 stehen insgesamt 6 Mio. € als "Einnahmen" in Form von Zuschüssen und Kostenübernahmen im Zusammenhang mit der Söllinger Bahnunterführung im Haushaltsplan. Auf Rückfrage erfahren wir, dass diese Beträge jedoch überhaupt nicht zugesagt sind, sondern Gegenstand von weiterhin laufenden Verhandlungen - Ausgang ungewiss. Es sind in der Sprache der Verwaltung daher "Platzhalter". Man könnte auch sagen "Wunsch- oder Phantasiezahlen". Das führt uns nochmals vor Augen, in welcher dramatischen Lage uns die Bahnunterführung gebracht hat. Die Schuldenlast aus diesem Projekt bleibt und kann nicht mit dem Sondervermögen verrechnet werden.

Uns ist wichtig: Das Sondervermögen soll für die Pfinztaler und Pfinztalerinnen einen klaren und sichtbaren Mehrwert bringen heute und auch in Zukunft. Wir werden in die Lage versetzt, im Sinne des Gemeinwohls Projekte anzustoßen und zu investieren. Wir unterstützen aber nur Investitionen, wenn sie einen positiven Effekt für die Zukunft haben.

Was ist eigentlich eine Investition?

Nicht alles, was Geld kostet, ist automatisch eine Investition – und nicht jede Investition besteht aus Beton. Investitionen sind Ausgaben, die langfristig Nutzen stiften, die Gemeinde stärken und zukünftige Kosten senken – sozial, ökologisch und finanziell - das sind unsere Maßstäbe.

Kriterien, die wir für gute Investitionen ansetzen, beantworten folgende Fragen:

- Senken sie langfristig Kosten?
- Verbessern sie die Lebensqualität?
- Tragen sie zum Klimaschutz bei?
- Machen sie die Gemeinde widerstandsfähiger?

Das Sondervermögen darf nicht auf Teufel-Komm-Raus verbaut werden. Wir setzen vielmehr auf Gesamtkonzepte für Infrastrukturmaßnahmen, die dann aber auch zügig umgesetzt werden müssen. Die Sanierung maroder Straßen wie beispielsweise Georgstraße und Austraße sind schon lange überfällig.

Welche Investitionen entsprechen grundsätzlich den genannten Kriterien?

Maßnahmen, die den öffentlichen Raum attraktiv für Begegnungen machen, z.B. Zugang zur Pfinz, Maßnahmen, die Bildung fördern wie Sanierungen der Schulgebäude, die die Sicherheit erhöhen wie Unterstützung der Blaulichttruppe oder die Mobilität aller fördert und sicherer macht wie Ausbau der Fahrradwege, Radabstellanlagen und geschützte Fußwege. Das sind keine „Nice to Have“-Investitionen, sie erhöhen die Lebensqualität aller Pfinztaler Einwohnerinnen und Einwohner, egal ob jung oder alt.

Nachdem Pfinztal 2024 seinen 50. Geburtstag feiern durfte, wäre es aus unserer Sicht überlegenswert, die vier Feuerwehrhäuser zusammenzulegen. Auch zwei für jeweils zwei Ortsteile (Berghausen-Wöschbach und Söllingen-Kleinsteibach) würden uns gefallen. Die örtlichen Jugendgruppen der Feuerwehren sollten dabei erhalten bleiben, diese wollen wir nicht zusammenlegen. Kurze Wege für Kinder und Jugendliche sind wichtig. Wir möchten dieses Thema gemeinsam diskutieren, ohne Tabu, ohne Vorbehalte.

Welche Chancen würde dies für die einzelnen Ortsteile bringen? In einem Quartiers-Gesamtkonzept wäre es möglich, die bestehenden Immobilien der Wehren einer Umnutzung für die Allgemeinheit zuzuführen, zum Beispiel in bezahlbaren Wohnraum oder Begegnungsstätten. Wenn die von der Feuerwehr gesetzten Standards mit einem Feuerwehrhaus für Berghausen und Wöschbach, sowie einem für Söllingen und

Kleinststeinbach nicht eingehalten werden können, müssen wir uns von diesem Wunsch verabschieden. Wir sind ja nicht ideologiegetrieben.

Investitionen in die Quartiersentwicklung Söllingen (am Kelterplatz) und Berghausen unterstützen wir. Für Berghausen schwebt uns das Gebiet Steinwiesen/ Pfinz/ Jöhlinger Straße vor, um attraktiven Wohnraum zu schaffen - einschließlich Spielstraße, Spielplatz und – wie schon erwähnt - einen Zugang zur Pfinz von der Friedrichstraße aus mit Sitzplätzen. Wir sehen darin großes Entwicklungspotenzial für das Stadtbild durch ein einheitliches attraktives architektonisches Gesamtkonzept innerörtlicher Verdichtung und Erweiterung des Bauprojekts Pfinzaue – Wohnen in der Mitte.

Auch das Gebiet Sonnenberg-Saalbusch soll dringend konzeptionell angegangen werden. Hier könnte – je nachdem, ob ein neues Feuerwehrhaus eingebunden wird oder nicht – ein urbanes Gebiet entstehen, welches sowohl Einkommenssteuer als auch Gewerbesteuer generiert.

Besonders wichtig sind uns der Katastrophenschutz und im Besonderen auch Investition in den Hochwasserschutz am Bocksbach in Kleinststeinbach.

Was machen wir gegen die Schuldenlast?

Energetische Sanierung ist eine Investition mit Rückfluss.

Konkretes, verständliches Beispiel: Sanierung von Schulgebäuden und kommunalen Gebäuden (Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünfte). Wenn wir heute in energetische Sanierung investieren, spart die Gemeinde morgen Energiekosten – und übermorgen bares Geld. Das sind Investitionen mit Rendite.

Investitionen, die der Erreichung der Klimaneutralität geschuldet sind, stimmen wir überzeugt zu. Wir halten am Ziel fest, dass Pfinztals Verwaltung bis 2030 klimaneutral sein soll - weil Klimaveränderung real ist, weil dies die lokale Wirtschaft fördert, weil es eine Vorbildwirkung hat und weil uns die schrecklichen Entwicklungen in der Ukraine, im Iran oder Venezuela zeigen, wie abhängig wir von fossilen Energien sind. Daher stehen wir auch zur Windkraft auf kommunalen Grundstücken aufgeschlossen gegenüber. Wir setzen uns dafür ein, dass der gemeindeeigene Grund am Hummelberg in die Vorrangliste des Regionalplans aufgenommen wird. Zwei bis drei Räder würden Pfinztal mit einem Schlag klimaneutral werden lassen. Wir schlagen vor, eine Bürgergenossenschaft als Träger der Windkraft-Anlagen zu gründen. Oder wir setzen auf die Zusammenarbeit mit der Bürgerenergiegenossenschaft Durmersheim. So wird es jede Bürgerin und jedem Bürger ermöglicht, etwas fürs Klima tun und dabei noch Gewinn zu erzielen. Ein lukratives Geschäft für Pfinztal. Folgen wir dem Beispiel Straubenhardts. Weingarten und Walzbachtal sind auf dem Weg. Schließen wir uns an.

Das Freiflächenkonzept mit Grünpflegeplan, Fortführung des Spielplatzkonzepts, kommunales Energiespar-Contracting sind alles Investitionen, die sich lohnen und nachhaltig wirken.

Weitere Einnahmen sind zu generieren, aber wo setzen wir an?

Parkraum-Bewirtschaftung wäre ein Ansatz. Bewohnerparkplätze könnten das Chaos der Parkraumsuche für die Pfinztaler Autofahrenden regulieren und für klare Verhältnisse sorgen. Ein annehmbarer Obolus für Anrainerparkplätze wird eher in Kauf genommen, als wildes Parken vor „meiner“ Haustüre. Wir würden uns wünschen, dass die Fraktionen des Gemeinderats mit einer Stimme sprechen, um klarzustellen, dass das Gefahrenpotenzial für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden durch Falschparkende einzudämmen ist. Die Gemeinde könnte dadurch dringend notwendige Einnahmen generieren und dabei die Lebensqualität der Menschen im öffentlichen Verkehrsraum verbessern statt durch Erhöhung der Kinderbetreuungsgebühren.

Ein weiterer Effekt: Private Garagen würden wieder ihrer Bestimmung entsprechend genutzt, der Parkdruck entlastet und Brandlast reduziert werden.

Mittel in die Digitalisierung der Verwaltung zu stecken, kostet zunächst, bringt aber langfristig eine erhebliche Arbeitserleichterung für die Mitarbeitenden in der Verwaltung. Ressourcen werden frei, um Zeit für die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern zu investieren und interne Verwaltungsabläufe zu verbessern. Wir begrüßen deshalb die im Haushalt vorgesehene Budgetierung der Ämter. Es bedeutet Vertrauen und Selbstverantwortung der Amtsleiter zu stärken. Das tut not.

Der Glasfaserausbau wird erheblich subventioniert. Wir brauchen ihn dringend, um als Gemeinde attraktiv für die Ansprüche der Menschen zu sein, die heute in Pfinztal leben und von denen, die morgen hier wohnen wollen.

In Schulsanierung und Modernisierung zu investieren ist für uns eine unabdingbare Pflichtaufgabe. Wir unterstützen ausdrücklich auch die Grundschulen mit digitalen Werkzeugen auszustatten. Glücklicherweise werden die Kosten zu 90% vom Digitalpakt II des Bundes übernommen. In Kinderbetreuung und Bildungseinrichtungen jeder Form zu investieren ist nachweislich eine Investition in die Zukunft.

Immer wieder hören wir, dass die Kreisumlage einer der schlimmsten Kostentreiber sei.

Denken wir mal darüber nach, was denn mit dieser Umlage für Pfinztal vom Landratsamt geleistet wird.

- Übergeordnete Daseinsfürsorge: Das Landratsamt trägt die Kosten der Sozial- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, ...
- Beteiligung an der Krankenhausversorgung im Landkreis Karlsruhe.
- Träger der beruflichen Schulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)
- Aufgabenträger des ÖPNV und Hauptgesellschafter des Karlsruher Verkehrsverbundes (KVV)
- Übernahme Abfallwirtschaft
- Brand- und Katastrophenschutz durch integrierte Leitstelle, Koordinierung kreisweiter Einsätze bei Großschadenslagen
- Beratung und Kontrolle, wobei die Beratungsangebote leider noch viel zu wenig bekannt sind. (Autismus-Zentren, soziale Beratungsstellen zur Suchtprävention, Fortbildungsangebote wie die Ausbildung von Seniorensicherheitsberatern gegen Betrugsnetze, u.v.m.)
- Lebensmittelüberwachung
- Instandhaltung und Bau von Kreisstraßen.

Nicht zu vergessen, bietet das Landratsamt auch spezielle Förderfonds.

Pfinztal hat bereits einige Aufgaben an das Landratsamt freiwillig übergeben (beispielsweise Abfallwirtschaft und Organisation der Erddeponie), da die Verwaltung die steigenden Kosten und immer komplexeren Anforderungen nicht stemmen könnte.

Also mäkeln wir nicht zu stark an der Kreisumlage herum, auch wenn 33% uns wehtun.

Die interkommunale Kooperation mit benachbarten Gemeinden - wie Walzbachtal, Weingarten oder auch kreisübergreifend mit Remchingen wollen wir ausbauen. So können Effizienz gesteigert und Kosten gespart werden. Zum Beispiel wäre es möglich, mit einem gemeinsam angeschafften Scan-Fahrzeug die „digitale Parkraumüberwachung“ einzuführen. Dadurch kann die Leistungsfähigkeit des Ordnungsamtes erhöht werden. Personalkosten sind ein hoher Kostenfaktor, daher müssen die Mitarbeitenden von Arbeiten, die digitalisiert werden können, befreit und stärker auf Aufgaben nahe am Menschen eingesetzt werden. Sensibel müssen wir abwägen, welche Stellen den Einwohnerinnen und Einwohnern einen Mehrwert bringen und welche aber auch entfallen können.

In Transparenz und Kommunikation zu investieren, das ist in der heutigen Zeit unabdingbar. Wir sehen demokratische Werte in Gefahr, wenn dem Gemeinderat und der Verwaltung Vertrauen entzogen wird. Jede Entscheidung muss transparent kommuniziert werden. Persönliche Anfragen per Mail, Anrufe, Kritik und Ärger müssen alle Beteiligten durch ehrliche Antworten, zugewandtes Zuhören und Reagieren

auffangen. Mit Arbeits-Erleichterungen durch die Digitalisierung der Verwaltung (s.o.) könnte das verbessert werden

Die jeweilige Perspektive der Menschen, die ein Anliegen vorbringen, müssen auch wir als gewählte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen einnehmen, um sie verstehen zu können. Das Anliegen einzuordnen, ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. denn es zählt nicht das lauteste, sondern das beste Argument. Bei Entscheidungen Haltung zu zeigen, verschiedene Sichtweisen abzuwägen und zu begründen ist nicht mit Ideologiegetriebenheit gleichzusetzen. Das kostet kein Geld, aber viel Empathiefähigkeit.

Quartiersentwicklung ist nicht allein auf ein lokal begrenztes Gebiet zu reduzieren, wir verstehen diesen Begriff auch im erweiterten Sinne als „Sozialraum“.

Die wichtigste Infrastruktur einer Gemeinde sind nicht nur Straßen und Unterführungen – es sind die Menschen, die hier leben. Zu investieren in Bildung, soziale Arbeit und Zusammenhalt ist die Konsequenz, die wir uns wünschen.

Was wir in diesem Zusammenhang fordern, ist die Stärkung des Ehrenamts. Damit die wertvolle Vereinsarbeit gewährleistet werden kann, ist es notwendig, deren Würdigung durch finanzielle Förderungen beizubehalten, auch in Zeiten der finanziellen Krisen. Ehrenamtliche wollen sich nicht bereichern, sie arbeiten unentgeltlich oder für eine Aufwandsentschädigung, die ihrem Engagement bei weitem nicht gerecht wird.

Das gilt auch für Gremien der Gemeinde sowie für die Arbeitskreise, die aus dem Entwicklungskonzept Pfinztal 2035 entstanden sind. Sie sind Teil einer lebendigen Gemeinde, entweder lebensnotwendig wie die Feuerwehr oder eine Bereicherung für Pfinztais Profil. Wenn diese ebenfalls eigenverantwortlich über deren Aufgaben entsprechende Budgets in Absprache der Verwaltung frei verfügen können, freuen wir uns.

Um der schleichenden Gefahr von Individualisierung und Vereinsamung unserer Einwohnerinnen und Einwohner entgegenzutreten – ohne große Investitionen tätigen zu müssen – fordern wir in Pfinztal niederschwellige Beteiligungs-, Begegnungs-, Erlebnis- und Bewegungsformate im öffentlichen Raum für generationsübergreifendes Miteinander zu entwickeln. Nachbarschaftstreffen, Mini-Straßenfeste, Friedhofscafés, gemeinsamer Outdoor-Sport im Quartier können einfach und unbürokratisch gefördert werden durch kleine Zuschüsse von z.B. wenigen Euro oder Sachspenden, wie ein Blechkuchen für alle, die einen Nachbarnachmittag durchführen. Auch der Wochenmarkt gehört unterstützt. Er bietet nicht nur frische gesunde Waren, sondern wirkt auch als wichtiges Kommunikationszentrum.

Wir wünschen uns eine echte Jugendbeteiligung. Ein verlässliches Format als Lern- und Übungsfeld für Demokratie wäre aus unserer Sicht die Gründung eines Jugendgemeinderats. Der hat verbindlichere Strukturen als eine Jugendbeteiligung, die momentan von der Zielgruppe trotz guten Projektvorschlägen nicht angenommen wird. Die Verwaltung verfügt über eine kompetente Fachkraft, die verschiedene Konzepte für einen funktionierenden Jugendgemeinderat prüfen, auswählen und dem Gemeinderat zur Abstimmung vorlegen kann. Der Prozess bis zur Wahlaufstellung, und Organisation der Wahlen sollte professionell geplant und moderiert werden. Dazu kann die Verwaltung auf die Unterstützung durch das Landratsamt zählen.

Fazit: Freiwilligkeitsleistungen engagierter Menschen, ob im kommunalpolitischen oder im Verein organisierten Ehrenamt, ob in der Kirche oder als Nachbar/Nachbarin, in Selbsthilfegruppen aller Altersgruppen und bürgerschaftliche Initiativen: Alle, die sich dem Miteinander verpflichten und dem Gemeinwohl dienen, gehören gewürdigt und gefördert. Nicht jedes große Bauprojekt ist automatisch zukunftsweisend. Manches ist notwendig – anderes bleibt Luxus, den wir uns in Zeiten knapper Kassen nicht leisten sollten.

Für uns Grüne heißt verantwortungsvolle Haushaltspolitik: heute investieren – aber so, dass sich diese Investitionen für die Menschen in Pfinztal auch morgen noch auszahlen.

Wir wünschen uns einen ausgeglichenen Haushalt. Den bekommen wir nicht.

Die Gründe sind teilweise selbst verschuldet (Kosten für Bahnübergang Söllingen), teilweise sind es die Auswirkungen von einer durch Krisen und Kriege gebeutelten Zeit, die uns herausfordern.

Die Verwaltung hat uns zum Einsatz des Sondervermögens einige gute Gestaltungsmöglichkeiten zum Beschluss vorgelegt.

Zusätzlich hat sie alle Hebel in Bewegung gesetzt, um für sinnvolle Projekte Fördermittel zu generieren und Zuschüsse zu erlangen. Beispielhaft ist die Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein für den Einsatz eines professionellen und für die Gemeinde kostenlosen Innenstadtberaters, der mit Bürgerinnen und Bürgern Wege gegen Leerstände und verödete Ortsmitten sucht.

Auf der anderen Seite blüht der Gemeinde ein Schuldenberg von 57 Mio. € einschließlich des Kassenkredits, wenn er ganz ausgeschöpft werden muss (Schuldenstand Ende 2025 = 42 Mio. €, der eklatant anwächst, wenn die von der Bahn im Haushalt eingestellten Zuschüsse nicht zeitnah eintreffen).

„Was tun?“, sprach Zeus. Den Haushalt ablehnen nach dem Motto: Wenn eine Mehrheit gegen uns Luxusprojekte beschließt, springen wir aus dem fahrenden Zug in den Abgrund? Oder helfen bei der Rettung der Unfallopfer?

Krempeln wir die Ärmel hoch, um noch finanzierbare Projekte für das Gemeinwohl im Rahmen der Möglichkeiten anzustoßen und hoffen wir; denn Hoffnung ist keine Einnahmequelle – aber unser bester Posten im Haushaltsplan. Wir stimmen dem Haushaltsplan mehrheitlich zu.

Monika Lüthje-Lenhardt, Bündnis 90/Die Grünen